

Richard Münch

Perspektiven der sozialen Einigung Europas



Prof. Dr. Richard Münch, geb. 1945 in Niefern bei Pforzheim, Studium der Soziologie, Philosophie und Psychologie in Heidelberg, lehrt Soziologie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg; zuvor lehrte er an den Universitäten Augsburg, Köln und Düsseldorf sowie als Gastprofessor an der University of California, Los Angeles.

Die Erweiterung um zehn neue Beitrittsländer stellt die Europäische Union wie auch ihre einzelnen Mitgliedsstaaten insbesondere vor neue Herausforderungen der sozialen Integration. Die Suche nach entsprechenden Problemlösungen ist von zwei konträren Positionen geprägt. Auf der einen Seite wird die konsequente Fortsetzung des europäischen Einigungswerkes in der Vertiefung zu einer Europäischen Sozialunion gesehen¹, auf der anderen Seite werden die mit der Erweiterung auf 25 Mitgliedsstaaten erheblich vergrößerte Ungleichheit des wirtschaftlichen Leistungsniveaus und die Heterogenität der sozialpolitischen Institutionen als unüberwindliches Hindernis für die Vertiefung zu einer Europäischen Sozialunion betrachtet.² In der wissenschaftlichen Debatte hat sich weitgehend die zweite Position durchgesetzt. Erweiterung und Vertiefung lassen sich zumindest nicht zeitgleich erreichen.

Die Europäisierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik

Mit dem Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten ist die Wahl eindeutig auf die Erweiterung gefallen. Die Vertiefung muss zwangsläufig weiter in die Zukunft verschoben werden. Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik macht sich dementsprechend ganz überwiegend als Europäisierung der nationalen Beschäftigungs- und Sozialpolitik bemerkbar. Es lassen sich zwei Varianten der Europäisierung nationaler Beschäftigungs- und Sozialpolitiken unterscheiden:

1. Anpassung nationaler Regelungen an europäische Richtlinien im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, z.B. bei der Arbeitsplatzsicherheit, der Gleichstellung von Männern und

¹ Stephan Leibfried/Paul Pierson (Hrsg.), Standort Europa. Europäische Sozialpolitik, Frankfurt/M. 1998.

² Fritz W. Scharpf, Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt/M. 1999; Wolfgang Streeck, Deutscher Kapitalismus – Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Frankfurt/New York 1999.

Frauen, der Entkopplung von Sozialleistungen innerhalb der Grenzen der Europäischen Union von der nationalen Herkunft, dem Fortbestehen von erworbenen Sozialleistungsrechten über nationale Grenzen hinweg und der wettbewerbsrechtlich bestimmten Öffnung nationaler Versicherungsmärkte;³

2. Koordinierung nationaler Beschäftigungs- und Sozialpolitiken als wechselseitiger Lernprozess und Benchmarking mit dem „weichen“ Steuerungsinstrument der Offenen Methode der Koordinierung (OMK).⁴

Die erste Variante der Europäisierung nationaler Sozialpolitiken ist in erster Linie am wettbewerbsrechtlichen Grundsatz der Nichtdiskriminierung orientiert und prägt die Europäische Union als einen vereinheitlichten Sozialraum heraus, in dem die Ausgrenzung von Anbietern und Empfängern von Leistungen auf nationalen Märkten abgebaut wird. Das bedeutet jedoch in keiner Weise eine Angleichung des Niveaus von Sozialleistungen zwischen den wirtschaftlich und sozial ungleich entwickelten Mitgliedsstaaten. Die zweite Variante zielt in erster Linie auf eine Effizienzsteigerung von nationalen Beschäftigungs- und Sozialpolitiken im Rahmen des im europäischen Binnenmarkt erheblich intensivierten ökonomischen Wettbewerbs ab. Auf die national etablierten Beschäftigungs- und Sozialpolitiken übt die Offene Methode der Koordinierung einen Druck der Veränderung in die Richtung der Abkehr von der Unterstützung von Inaktivität und hin zur Förderung der Aktivität aus. An die Stelle der Arbeitsplatzsicherheit tritt in zunehmendem Maße die Sicherung der Beschäftigbarkeit des einzelnen Individuums durch dessen „Empowerment“. „Konsumtive“ Sozialpolitik wird auf „produktive“ Sozialpolitik umgestellt.

Beschleunigter Strukturwandel in den hoch entwickelten EU-Ländern

In den hoch entwickelten Wohlfahrtsstaaten wird die von der europäischen Integration forcierte Veränderung der Sozialpolitik als Sozialabbau empfunden. Sie gibt zu heftigen Protesten Anlass. Am 4. April 2004 haben deshalb Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und neue NGOs wie die globalisierungskritische *Attac* mit Erfolg europaweit zu großen Demonstrationen gegen Sozialabbau aufgerufen. Diese Proteste machen ohne Zweifel auf ein tiefgreifendes Dilemma der fortschreitenden europäischen Integration aufmerksam, das sich mit der Erweiterung nach Osten erheblich verschärft hat: Die transnationale Integration beinhaltet zwangsläufig auch nationale Desintegrationsprozesse. Das muss nicht heißen, dass transnationale und nationale Integration auf Dauer ein Nullsummenspiel darstellen. Es bedeutet aber auf jeden Fall, dass transnationale Integration ohne wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel auf der nationalen Ebene nicht zu haben ist. Die Entwicklungschancen, die den Beitrittsländern im Rahmen des europäischen Binnenmarktes gewährt werden, verlangen von den hoch entwickelten Mitgliedsstaaten eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels weg von der arbeitsintensiven landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und hin zu Spitzentechnologie und wissensbasierter Ökonomie. Sie selbst profitieren von der daraus erwachsenden weiteren Entwicklung. Das verlangt verstärkte Investitionen in Bildung, Forschung und technologische Innovation, die den Spiel-

3 Wolfgang Kowalsky, Europäische Sozialpolitik, Opladen 1999.

4 Maurizio Ferrara/Manos Matsaganis/Stefano Sacchi, Open Coordination Against Poverty: The New EU 'Social Inclusion Process', in: Journal of European Social Policy 12, 2002, S. 227-239.

raum für die Erhaltung von nicht mehr wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweigen und Arbeitsplätzen einengen. Die Förderung von Bildung, Forschung und technologischer Innovation verschärft den Verdrängungswettbewerb und erzeugt die wachsende Marginalisierung der nicht mehr wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweige und Arbeitnehmer. Unter den Arbeitnehmern trifft es die Geringqualifizierten besonders hart, während sich die Chancen für die Hochqualifizierten eher verbessern. Dementsprechend hat sich die Schere der Arbeitslosigkeit zwischen den Hochqualifizierten und den Geringqualifizierten immer weiter geöffnet. In Westdeutschland ist die Arbeitslosenrate von Geringqualifizierten (ohne Berufsabschluss) zwischen 1979 und 2000 von 5 auf 19,4 Prozent gestiegen, in Ostdeutschland zwischen 1991 und 2000 von 30 auf 50,3 Prozent.⁵

Die Europäisierung der nationalen Beschäftigungs- und Sozialpolitiken im Prozess der Binnenmarktintegration verlangt dementsprechend von den hoch entwickelten Mitgliedsstaaten die Koordination von zwei einander entgegengesetzten Zielen: einerseits die Aktivierung der Bevölkerung durch fortschreitende Qualifizierung, andererseits das Auffangen der durch diese Politik zwangsläufig verdrängten, in der Zahl kleiner, dafür aber umso chancenloser werdenden Gruppe der Geringqualifizierten.⁶ Programme der Qualifizierung von Unqualifizierten erfüllen dabei drei gleichrangige Funktionen:

1. die Eröffnung von Chancen, auf dem Arbeitsmarkt doch noch Fuß zu fassen,
2. die fortbestehende Einbindung in die Gesellschaft trotz andauerndem Misserfolg,
3. die Legitimation von Sanktionsmaßnahmen für den Fall des Abdriftens in Karrieren der Delinquenz.

Der Erfolg von Eingliederungsmaßnahmen für geringqualifizierte und schwer vermittelbare Jugendliche und Erwachsene bemisst sich dementsprechend keineswegs an ihrer Übergangsrate in reguläre Arbeitsverhältnisse, sondern in erheblichem Umfang gerade auch an ihrer für sich selbst stehenden Integrations- und Legitimationsleistung, wenn man es in harten Fakten ausdrücken will, in niedrigeren Delinquenzraten im Vergleich zu Ländern, in denen dafür weniger Aufwand betrieben wird.

Relative Exklusion als neues soziales Problem

Mit der Umstellung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik auf die Qualifizierung des einzelnen Individuums zwecks Sicherung seiner Beschäftigbarkeit erfolgt die Inklusion des einzelnen Individuums weniger gemäß dem Modell der kollektiven Teilhabe an der Wohlstandsmehrung und mehr nach dem individuellen Markterfolg. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft, Bildungs- und Berufserfolg wird wieder zunehmend enger. Die Folge sind verschärfter Wettbewerb und die häufigere Erfahrung von relativer Exklusion, das heißt die Erfahrung des Zurückbleibens im Verhältnis zur Wohlstandssteigerung der Mehrheit. Je weniger Eingliederungsmaßnahmen die Gesellschaft für die relativ Ausgeschlossenen bereit hält, umso mehr Motive für delinquente Karrieren lässt sie entstehen. Es ist deshalb nicht

5 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Berechnungen, in: <http://www.unimagazin.de/200302/08.pdf>

6 Heike Solga, „Ausbildungslosigkeit“ als soziales Stigma in Bildungsgesellschaften, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54, 2002, S. 476-505.

überraschend, dass Geringqualifizierte weit überproportional die Delinquenzstatistik füllen.⁷

Entsprechende Statistiken können ohne weiteres durch Etikettierungseffekte verfälscht sein, und zwar in dem Sinne, dass Geringqualifizierte mehr als Qualifizierte Ermittlungs- und Strafverfahren unterzogen werden, weil ihnen die ermittelnden und strafverfolgenden Instanzen eher weitere Straftaten zutrauen.⁸ Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass relative Exklusion das Delinquenzpotential der Gesellschaft vergrößert, auch dann, wenn ein Teil der entsprechend erhöhten Delinquenz selektiven Etikettierungsprozessen geschuldet ist, zumal die erste Stufe der negativen Etikettierung ja schon der Misserfolg in Schule und/oder Berufsausbildung in einer Gesellschaft ist, die soziale Inklusion in erster Linie durch Bildungserfolg gewährleistet.

Im internationalen Vergleich lässt sich eine signifikante Korrelation zwischen der Einkommensungleichheit als Indikator für relative Exklusion und dem Delinquenzniveau erkennen. Dabei müssen die Vereinigten Staaten als Ausreißer aus der Rechnung genommen werden. Würde man aber einen Index aus Delinquenzrate und Inhaftierungsrate bilden, würde sich der Zusammenhang auch unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten ergeben.

Das liberale Marktregime der Vereinigten Staaten ist aufgrund seiner stärkeren Gewichtung der Inklusion durch Bildungsexpansion und korrespondierenden Markterfolg schon länger als die mehr auf kollektive Teilhabe am Wohlstand ausgerichteten europäischen Wohlfahrtsstaaten mit dem Problem der relativen Exklusion konfrontiert und hat die damit zusammenhängende Tendenz zu höheren Delinquenzraten seit den 1990er-Jahren verstärkt durch eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Straffälligen mit dem Erfolg sinkender Delinquenz- und steigender Inhaftierungsraten bekämpft. Wenn sich die europäischen Wohlfahrtsstaaten nicht allein auf diese Strategie verlassen wollen, müssen sie mehr auf Eingliederungsprogramme für geringqualifizierte und schwer vermittelbare Jugendliche und Erwachsene setzen. Seit den 1970er-Jahren steigende Kriminalitätsraten weisen auf jeden Fall darauf hin, dass auch die europäischen Wohlfahrtsstaaten unter Desintegrationserscheinungen leiden, die aus ihrer mangelnden Fähigkeit resultieren, dem mit der Bildungsexpansion und der Umstellung auf Inklusion durch Bildungs- und Markterfolg verschärften Wettbewerb mit effektiven Integrationsstrategien zu begegnen.

Die Europäisierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik führt in den hoch entwickelten Industriestaaten auf jeden Fall zur weiteren Abkehr von der durchgängigen, alle Bevölkerungsteile in gleicher Weise einbindenden Sicherheit innerhalb und außerhalb der Beschäftigung (hoher Beschäftigungsschutz und hohe Kompensation von Erwerbslosigkeit). Ein unerwünschter Effekt dieser Strategie war die Spaltung der Gesellschaft in Insider (Arbeitsplatzbesitzer) und Outsider (Arbeitslose). Im internationalen Vergleich lässt sich in der Tat ein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen dem Niveau des Beschäftigungsschutzes und dem Beschäftigungsvolumen erkennen. Statt Beschäftigungsschutz erzwingt die auf Effizienz der Arbeitsmärkte ausgerichtete Europäisierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik die Förderung von Beschäftigbarkeit durch Qualifizierung. Die auf diese Weise verschärfte noch weitere Spaltung der Gesellschaft muss dadurch aufgefangen werden, dass die Sicherheit der Qualifizierten durch ihre Beschäftigbarkeit gewährleistet ist und die dadurch

7 Dirk Enzmann/Werner Greve, Straftat für Jugendliche. Soziale und individuelle Bedingungen von Delinquenz und Sanktionierung, in: Mechthild Bereswill/Werner Greve (Hrsg.), Forschungsthema Strafvollzug, Baden-Baden 2001, S. 109-145.

8 Karl F. Schumann (Hrsg.), Berufsbildung, Arbeit und Delinquenz, Weinheim und München 2003.

frei werdenden Mittel gezielt in die Unterhaltung von Programmen der Eingliederung der stärker marginalisierten Gruppe der Geringqualifizierten gelenkt werden.

Soziale Integration als transnationales Projekt

An dieser Umstellung der nationalen Beschäftigungs- und Sozialpolitik durch ihre Europäisierung führt kein Weg vorbei. Sie ist der Preis, den die hoch entwickelten postindustriellen Gesellschaften für die fortschreitende transnationale Integration und die dadurch geförderten Entwicklungschancen der Beitrittsländer sowie für ihre eigene weitere Entwicklung zu zahlen haben. Die fortschreitende transnationale Integration ist indessen unausweichlich, weil nur auf diesem Weg die große Ungleichheit im Entwicklungsniveau und dem entsprechenden Wohlstand europaweit und schließlich auch weltweit zwischen den hoch entwickelten Ländern und den Transformationsländern in Mittelosteuropa und darüber hinaus den unterentwickelten Regionen der Welt abgebaut und der sich aufschaukelnde Konflikt zwischen reichen und armen Ländern entschärft werden kann. Das bedeutet, dass die hoch entwickelten europäischen Wohlfahrtsstaaten ihren Wohlstand immer weniger durch die Protektion ihrer weltweit nicht mehr wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweige und ihrer Arbeitnehmer sichern können und immer mehr zu einer Förderung des wirtschaftlichen Strukturwandels durch Investitionen in Bildung, Forschung und technologische Innovationen gezwungen werden. Sie müssen nach innen etwas unbrüderlicher und nach außen etwas brüderlicher werden. Der Dualismus von weitreichender innerer Brüderlichkeit bei gleichzeitiger äußerer Unbrüderlichkeit macht dabei einer Angleichung von innerer und äußerer Solidarität und Gerechtigkeit Platz. Anstelle von weitgehender innerer Resultatsgleichheit nach Marktperformanz und äußerer Chancenungleichheit der Verwehrung des Marktzugangs tritt eine innen wie außen dominant werdende Orientierung an Chancengleichheit in Bezug auf den Marktzutritt.⁹ Das verschafft den Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern zunächst die Chance der nachholenden Entwicklung. Es ist zwar immer noch umstritten, ob die Integration in den Weltmarkt wie auch ihre Teilhabe an ausländischen Direktinvestitionen den Entwicklungsländern mehr Vorteile oder mehr Nachteile bringen. Dasselbe lässt sich auch zur Frage nach den Vor- und Nachteilen der Integration in den europäischen Binnenmarkt für die mittelosteuropäischen Beitrittsländer sagen. Immerhin gibt es aber inzwischen empirische Evidenz dafür, dass sich die stärkere Integration in den Weltmarkt und auch die Teilhabe an ausländischen Direktinvestitionen positiv auf das wirtschaftliche Wachstum und auf die Armutsreduktion in Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern auswirken.¹⁰ Studien zu ausländischen Direktinvestitionen zeigen, dass es auf ihre Integration in die auf Mobilisierung der heimischen Wirtschaft ausgerichtete staatliche Entwicklungspolitik ankommt, um auch für die heimische Industrie positive Effekte zu erzielen.¹¹ Außerdem kommt es auf die geografische Nähe zu hoch entwickelten Regionen, auf politische Stabilität, Rechtssicherheit, sozialen Frieden, für das Ganze der Gesellschaft verantwortliche Eliten und die kulturelle Legitimation von Fortschrittsorientierung an, um Teilhabe am Weltmarkt und an ausländischen Direktinvestitionen in nachhaltige Entwicklung umsetzen zu können. Die Weltmarktintegration verlangt aller-

9 Richard Münch, *Offene Räume. Soziale Integration zwischen Nationalstaat, Europäischer Union und Weltgesellschaft*, Frankfurt/M. 2001.

10 World Bank, *Globalization, Growth and Poverty*, Oxford 2002.

11 Mark Herkenrath, *Transnationale Konzerne im Weltsystem*, Wiesbaden 2003.

dings von den Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern einen erheblichen Strukturwandel, der nicht wettbewerbsfähige Wirtschaftszweige zerstört und im schlechtesten Fall zu einer einseitigen Spezialisierung führt, die auf Dauer nicht tragfähig ist. Nur wenn es gelingt, Überspezialisierung zu verhindern und die Exportwirtschaft in eine vitale heimische Wirtschaft einzubetten, kann mit einer nachhaltigen Entwicklung gerechnet werden.¹²

Sind die genannten Bedingungen für nachhaltige Entwicklung gegeben, dann ist mit einer entwicklungsfördernden Wirkung der Weltmarktintegration von Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern zu rechnen. Dafür gibt es immerhin empirische Anhaltspunkte. Nimmt man den Anteil von Importen und Exporten am Bruttoinlandsprodukt als Indikator für die Weltmarktintegration, dann lässt sich für die Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer zwar kein signifikanter positiver Effekt auf das Wirtschaftswachstum, aber immerhin ein solcher Effekt auf die Armutsreduktion erkennen. Dieser Effekt wird für das Wirtschaftswachstum jedoch signifikant und für die Armutsreduktion stärker wie auch signifikant für das allgemeine Entwicklungsniveau nach einem Human-Development-Index, wenn man einen zu je einem Drittel aus dem Niveau der Handelssteuer, der Infrastruktur und der Import-/Exportquote zusammengesetzten Offenheitsindex für die Weltmarktintegration verwendet.¹³

Über diese empirische Evidenz für die entwicklungsfördernden Effekte der Weltmarktintegration von Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern hinaus findet sich auch Evidenz für die weitere Hypothese, dass mit zunehmender Weltmarktintegration die Ungleichheit zwischen den in den Weltmarkt integrierten Ländern abnimmt, während sie innerhalb der einzelnen Länder wächst. Das geht auf jeden Fall aus neueren Studien der Weltbank hervor.¹⁴ Es lässt sich darin ein Beweis für die Hypothese der Angleichung von Binnen- und Außenmoral, innerer und äußerer Solidarität und Gerechtigkeit im Prozess der Weltmarktintegration von Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern erkennen.

Eine weitere Bestätigung findet diese Hypothese darin, dass in den vergangenen zwanzig Jahren größeres Jobwachstum signifikant mit größerer Einkommensungleichheit (P 50/P 10) und mit mehr Beschäftigung in niedrig entlohnenden, einfachen privaten Dienstleistungstätigkeiten korreliert war. Die Kehrseite dieser Medaille der weltweiten Annäherung des Entwicklungsniveaus ist die Marginalisierung von Geringqualifizierten innerhalb der hoch entwickelten postindustriellen Gesellschaften wie auch die Verdrängung der am schlechtesten ausgestatteten Entwicklungsländer im weltweiten Zusammenhang.

Die nicht in den Weltmarkt integrierten Länder - das betrifft insbesondere Afrika südlich der Sahara - sind in der Tat weiter zurückgefallen. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, dass unter den nachholenden Entwicklungsländern Verdrängungseffekte nach Maßgabe ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entstehen, je mehr die Märkte geöffnet und bestehende Präferenzbehandlungen sowie „Renten“ sichernde Importquoten beseitigt werden. Das gilt z.B. für die Textilbranche, wenn Ende 2004 das Internationale Multifaserabkommen endet und der Textilhandel in die WTO-Regelungen integriert wird. Die bisher prosperierende Textilproduktion in Bangladesh z.B. könnte dann von China

12 Alexander Hagelüken, Wo das Leben an der Baumwolle hängt, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 70, 24.3.2004, S. 11.

13 Richard Münch/Christian Dressel, Auswirkungen der Weltmarktintegration auf wirtschaftliches Wachstum, Ungleichheit, Armut und Entwicklungsniveau von Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern, unveröffentlichtes Manuskript, Universität Bamberg 2004.

14 World Bank, Globalization, Growth and Poverty, Oxford 2002.

verdrängt werden. Entwicklungsländer, die selbst keine technologischen Fortschritte machen, werden von nachfolgenden neuen Konkurrenten verdrängt.¹⁵

Was allgemein für das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern an empirischer Evidenz vorliegt, lässt sich auch auf das Verhältnis zwischen den hoch entwickelten EU-Mitgliedsstaaten und den mittelosteuropäischen Beitrittsländern übertragen. Darauf verweisen die Fortschritte der weniger entwickelten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, insbesondere die enormen Fortschritte Irlands. Auf mittlere und lange Sicht ist mit dem Aufholen der Beitrittsländer aufgrund höherer Wachstumsraten von einem wesentlich niedrigeren Ausgangspunkt, aber auch mit einem Druck in die Richtung größerer innerer Lohndifferenzierung in den hoch entwickelten Mitgliedsstaaten wie auch in den Beitrittsländern zu rechnen. Gleichzeitig befinden sich die Beitrittsländer in der Konkurrenz mit anderen Transformationsländern wie auch mit Entwicklungsländern in einer bevorzugten Position. In diesem Sinne wirkt die Europäische Union im weltweiten Zusammenhang in dem Maße desintegrierend, in dem sie ihren Binnenmarkt nach außen abschottet. Auf mittlere und lange Sicht bedarf es deshalb der Öffnung des Binnenmarktes durch die weitere Entwicklung des Welthandels im Rahmen der WTO. Dabei geht es um den Abbau von Handelsschranken für landwirtschaftliche und arbeitsintensive industrielle Produkte, wodurch den Entwicklungsländern ein besserer Zugang zu den Märkten der Industrieländer verschafft und ihre Entwicklung gefördert wird. Dadurch wird indessen der Druck auf den Strukturwandel in den hoch entwickelten postindustriellen Gesellschaften nochmals erhöht und deren Beschäftigungs- und Sozialpolitik vor noch größere Herausforderungen gestellt. Es ist deshalb nicht überraschend, dass die darauf abzielende Entwicklungsrunde der WTO bislang noch nicht zum Erfolg gekommen ist. Der globale Terrorismus hat den hoch entwickelten Industrieländern jedoch inzwischen klar gemacht, dass die Verringerung des Entwicklungsniveaus zwischen den reichen und den armen Ländern größere Priorität erlangt hat als die Fortführung ihrer inneren Umverteilungspolitik auf höchstem Niveau. Ihre innere Ungleichheit hat im wahrsten Sinne des Wortes bei weitem nicht die Sprengkraft wie die äußere globale Ungleichheit zwischen reichen und armen Nationen. Die entsprechende Annäherung zwischen den hoch entwickelten EU-Mitgliedsstaaten und den Beitrittsländern ist nur einer unter vielen Schritten auf dem Weg zunehmender transnationaler Integration. Er wäre außerdem ein falscher Schritt, wenn er die darüber hinausgehende globale Integration massiv behindern würde.

15 Stefan Klein, Der Stoff aus dem die Pleiten sind, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 58, 10.3.2004, S. 3